Sozialdemokratische Interventionshetze

Niederträchtige Verleumdungen des „Vorwärts" gegen die Friedenspolitik der Sowjetunion

Die mandschurische Vasallenregierung Japans verbreitete vor einigen Tagen die offensichtliche Tendenzmeldung, ihr sei „nichtamtlich" (!) eine Mitteilung über die Bereitwilligkeit Sowjetrußlands, einen mandschurischen Geschäftsträger in Moskau zuzulassen, zugegangen. Diese von den japanischen Imperialisten aus durchsichtigen Gründen in die Welt gesetzte Meldung nimmt der „Vorwärts" zum Anlaß einer schamlosen und widerwärtigen Kriegshetze gegen die Sowjetunion und niederträchtiger Verleumdungen gegen den revolutionären Antikriegskampf der Kommunisten.

„Moskau sichert Japans Beute. — Vor der Anerkennung „Mandschukuos" durch die Sowjetregierung", so lügt und hetzt das Kriegstreibergesindel in der Redaktion des „Vorwärts". Aus „vor der Anerkennung" wird dann natürlich im Laufe des Artikels eine bereits vollzogene Anerkennung. Zunächst ist es notwendig, die wahren Hintergründe dieser sozialdemokratischen Hetze aufzudecken. Die imperialistischen Räuber versuchen mit allen Mitteln, die Sowjetunion in ihre Gegensätze hineinzuziehen, um auf diese Weise imstande zu sein, diese Gegensätze dann gemeinsam gegen die Sowjetunion austragen zu können. Die Sowjetunion wehrt kaltblütig alle diese Provokationen ab und dient durch diesen Kampf um den Weltfrieden den Interessen der Werktätigen der ganzen Welt. Das liegt aber nicht im Interesse der imperialistischen Kriegstreiber und ihrer sozialdemokratischen Agenten, und deshalb die Versuche des „Vorwärts", die Friedenspolitik der Sowjetunion zu verleumden. Jeder Arbeiter weiß, daß diese Friedenspolitik der Sowjetunion nicht ein „Ausdruck der Schwäche" ist, wie es die Lügner im „Vorwärts" darstellen wollen, sondern den Prinzipien des Arbeiterstaates entspricht.

Aber die Unverschämtheiten des „Vorwärts" gehen noch weiter. Er verleumdet nicht nur die Friedenspolitik der Sowjetunion, sondern dieses Kriegshetzerblatt wagt es sogar, den heldenmütigen Kampf der Kommunisten gegen den imperialistischen Krieg zu verleumden. „Die Kommunistische Internationale verliert auf einen Wink von Moskau kein Wort mehr für das chinesische Volk und gegen Japan." Es wäre unsinnig, den sozialdemokratischen Redakteuren die unzähligen Beweise für den Kampf der Kommunisten zur Verteidigung des chinesischen Volkes und gegen den japanischen Imperialismus entgegenzuhalten. Sie kennen alle diese Beweise, haben sie unzählige Male gelesen, aber sie lügen bewußt. Aber die sozialdemokratischen Arbeiter sollen die Verlogenheit des „Vorwärts" erfahren. Nur ein Beispiel von vielen, wie die kommunistische Presse „schweigt". Zu Beginn der Genfer Verhandlungen über den Litton-Bericht vor wenigen Tagen schrieb die kommunistische Presse: **„Es gilt, im Geiste des proletarischen Internationalismus den Kampf zur Verteidigung des chinesischen Volkes gegen den Weltimperialismus . . . gewaltig zu verstärken. Das allein ist die Garantie für die Niederlage der imperialistischen Kriegstreiber."** Und die 12. Tagung des Exekutiv-Komitees der Kommunistischen Internationale erklärt in seiner Resolution: **„Das 12. EKKI-Plenum betrachtet die Organisierung und Führung des Kampfes der Arbeiter und Bauern sowie aller Werktätigen zur Verteidigung Chinas und der chinesischen Revolution, zum Schutze der Sowjetunion . . . gegen den neuen imperialistischen Krieg als die wichtigste Aufgabe aller kommunistischen Parteien."** So „schweigen" wir. Hunderte und tausende eingekerkerte und gemordete japanische Kommunisten, die Verfolgungen der Kommunisten in allen Ländern wegen ihres mutigen revolutionären Antikriegskampfes sind die Beweise dafür, daß wir Kommunisten unablässig den Kampf zur Verteidigung des chinesischen Volkes und der chinesischen Revolution führen, während die internationale Sozialdemokratie die Geschäfte der imperialistischen Kriegstreiber fördert.

Oder wagt der „Vorwärts" es zu leugnen, daß die japanische Sozialdemokratie vorbehaltslos den japanischen Raubkrieg in der Mandschurei unterstützt? Wagt er zu leugnen, daß der Führer der japanischen Sozialdemokratie, Suzuki, öffentlich erklärt hat: **„Die Intervention in der Mandschurei ist nicht imperialistisch, denn auch das sozialistische Japan wird einen Kampf um die Rohstoffe, die für seine Industrien notwendig sind, führen müssen."** Herr Suzuki reist augenblicklich als Agent der japanischen Regierung in Europa umher, um Propaganda für den mandschurischen Krieg zu machen. Und diese Politik der japanischen Sozialdemokratie wird nicht nur von der gesamten Zweiten Internationale gebilligt, sondern offen und unverhüllt unterstützt. Diese Bande wagt es, die Friedenspolitik der Sowjetunion und den Antikriegskampf der Kommunistischen Internationale zu verleumden. Wir überlassen den sozialdemokratischen Arbeitern die Antwort.

Blutige Völkerbundskomödie

Die Verhandlungen über die Mandschurei-Frage werden zur Unterstützung des japanischen Raubkrieges erneut vertagt

Genf, 26. November. Gestern beschloß der Völkerbundsrat, die Verhandlungen über den Krieg in der Mandschurei erneut zu vertagen und an die außerordentliche Völkerbundsversammlung zu verweisen. Gleichzeitig wird der Plan erwogen, eine zweite Kommission des Völkerbundes nach der Mandschurei zu schicken. Da die erste Kommission bereits 8 Monate gebraucht hat, um überhaupt einen Bericht zu geben, so ist es klar, daß dieses neue Manöver des Völkerbundes nur dazu bestimmt ist, dem japanischen Imperialismus genügend Zeit für die Fortsetzung seines Raubkrieges zu gewähren. Auch der Vertreter des deutschen Imperialismus im Völkerbund hat für diese Vertagung der Mandschurei-Debatte gestimmt. Die Sozialdemokratie aber bemüht sich weiter im Schweiße ihres Angesichts, die „Friedensrolle" des Völkerbundes zu preisen und Illusionen über diese Kriegsinstrument der imperialistischen Räuber zu verbreiten.

Es beleuchtet nur die Rolle der Kuomintang-Regierung als Lakai der imperialistischen Räuber, daß sie weiter mit heuchlerischen Phrasen an den Völkerbund appelliert, von dem die chinesische Werktätigen schon längst nichts mehr erhoffen. Dieselbe Kuomintang-Regierung, die das chinesische Volk den imperialistischen Mächten ausliefert, entfaltet einen blutigen Terror gegen die um ihre Freiheit kämpfenden chinesischen Werktätigen und sieht ihre einzige Aufgabe darin, die chinesische Revolution niederzuschlagen.

Das chinesische Volk aber, das sich gegen seine Peiniger erhebt, erwartet die Solidarität der Werktätigen der ganzen Welt. Vom Fernen Osten aus greift der Brand eines neuen imperialistischen Weltkrieges um sich. Im Kampf gegen die Bourgeoisie des eigenen Landes, unter dem Banner des proletarischen Internationalismus gilt es die Aktion des Proletariats gegen den imperialistischen Krieg, für die Verteidigung Chinas, der chinesischen Revolution und der Sowjetunion zu entfalten.

Deutsche Bourgeoisie kapituliert

Bedingungslose Teilnahme an Fünfmächte-Rüstungskonferenz — England, Italien und USA. für Frankreichs Standpunkt — Nieder mit dem imperialistischen Rüstungsschacher!

Genf, 26. November. Nach tagelangen Verhandlungen zwischen dem deutschen Außenminister Neurath und den Vertretern des englischen und amerikanischen Imperialismus in Genf wird nun mitgeteilt, daß am 2. Dezember eine Fünfmächtekonferenz über die Rüstungsfrage stattfinden soll. Die Presse der französischen Bourgeoisie vermerkt mit unverhohlener Genugtuung, daß der deutsche Außenminister keinerlei Bedingungen für diese Konferenz mehr stellt und bedingungslose Teilnahme der deutschen Regierung zugesagt habe. Neurath habe die ursprüngliche Forderung auf Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung vor Eröffnung der Fünfmächtekonferenz zurückgezogen. Bei dieser Gelegenheit wird auch bekannt, daß der deutsche Imperialismus eigentlich keine weitere Bedingung gestellt hat als die Zusage des französischen Imperialismus für die englischen Vorschläge, die ja ausdrücklich als eine Sicherung des Versailler Systems bezeichnet werden. Auch bezüglich des Tagungsortes hat der deutsche Imperialismus vorbehaltlos vor der französischen Bourgeoisie kapituliert. Die Konferenz soll in Genf stattfinden, obwohl vor den Wahlen sich die deutsche Regierung geweigert hat, nach Genf zu gehen.

Die deutsche Regierung verbreitet eine halbamtliche Mitteilung, in der es heißt: „In Berliner politischen Kreisen hat man den Eindruck, daß im Laufe der nächsten Woche es zu einer Vier- oder Fünfmächtekonferenz kommen wird."

Daß die Entwicklung des deutschen imperialistischen Rüstungsvorstoßes mit einer restlosen Kapitulation vor den Versailler Mächten enden mußte, war vorauszusehen. Zu wiederholten Malen haben wir aufgezeigt, daß die imperialistische Außenpolitik der deutschen Bourgeoisie zu immer neuen Nackenschlägen führen muß, aber nichts, gar nichts zu tun hat mit einem Kampf für die Befreiung des deutschen Volkes von der Versailler Fesseln. Nachdem man sich bereits zu duzenden Malen an den englischen Imperialismus anzubiedern versuchte — und hier war es besonders Hitler, der von dem englischen Finanzkapital auf dem Bauche kroch — und auf diese glaubte, die englisch-französischen Gegensätze zur Stärkung der eigenen imperialistischen Position ausnutzen zu können, hat diese abenteuerliche Politik erneut zu einer Niederlage geführt. Die französische Presse konstatiert heute mit großer Genugtuung, daß sowohl England wie Amerika und Italien sich zugunsten der französischen Forderungen ausgesprochen haben. Das sind die angeblichen — so kann man es ja täglich im „Völkischen Beobachter" lesen — „Freunde Deutschlands".

Die Kapitulation des deutschen Imperialismus vor den Versailler Mächten bedeutet natürlich nicht, daß die deutsche Bourgeoisie auf ihre Rüstungsforderungen verzichten will. Diese Kapitulation bedeutet lediglich, daß der deutsche Imperialismus seine Rüstungsforderungen verknüpft mit einer Anerkennung des Versailler Raubsystems, wie sie sowohl in den Vorschlägen der englischen Regierung, wie in dem französischen Aufrüstungsplan festgelegt ist. Im Rahmen des Versailler Systems, unter Führung der Versailler Mächte, soll der deutsche Imperialismus einige Konzessionen in der Rüstungsfrage erhalten. Und im Hintergrunde tauchen erneut die Pläne eines sowohl von Frankreich, wie auch von England betriebenen Kriegsbündnisses gegen die Sowjetunion auf.

Immer wieder und immer wieder bestätigen die Tatsachen die Richtigkeit der kommunistischen Einschätzung, daß keine Abmachung der kapitalistischen Mächte zu einer Lockerung oder gar Vernichtung der Versailler Vertrages führen kann. Die deutsche Bourgeoisie schachert mit den Versailler Mächten um Kanonen und Tanks; die deutschen Werktätigen aber schließen das Kampfbündnis mit den französischen, belgischen, englischen und polnischen Arbeitern, ein Kampfbündnis, das allein zur Beseitigung des Versailler Vertrages führen wird.

Wien, 25. November. Egon Erwin Kisch hätte am 26. November im Großen Konzerthaussaal in Wien einen Vortrag aus seinen Reportagen halten sollen. An der tschechoslowakisch-österreichischen Grenze wurde ihm die Einreise nach Oesterreich verweigert. Gegen diese Verweigerung der Einreise protestierte auch ein großer Teil der bürgerlichen Presse Oesterreichs. Kisch hat an das Bundeskanzleramt Beschwerde eingelegt und wartet augenblicklich an der Grenze auf deren Erledigung. Das Verbot ging vom Sicherheitsministerium aus, das bekanntlich von dem Heimwehrmann Fey geleitet wird.

A. Schäpowalow

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

42. Fortsetzung.

Es war fürchterlich zuzusehen und zuzuhören, wie die Geprügelten sich wanden und schrien. Blut floß in Strömen über ihre Gesichter, vielen von ihnen waren die Zähne schon herausgeschlagen worden. Trotzdem fuhren diese Bestien mitleidslos fort, die Verhafteten mit ihren fürchterlich großen und schweren Fäusten zu bearbeiten.

„Himmel-Herrgott! Wie man die armen Kerle prügelt!" sagte eine Frau, die unweit von mir stand. „Warum prügelt man sie?"

„Ist schon recht!" antwortete ihr ein Polizist. „Für den Streik werden sie gestraft! Sie sollen mit dem Flugblätterverteilen aufhören! Man prügelt sie, um die anderen abzuschrecken!" erklärte er.

Die Polizei organisierte diese grauenerregende Prozession, um die jüdische Bevölkerung, die sie für die alleinige Urheberin des Streiks hielt, einzuschüchtern.

Man kann sich schwer eine kurzsichtigere, sinnlosere, roherre Politik vorstellen, als die der Verfolgung des hochbegabten jüdischen Volkes.

Das Gesetz, daß Juden nur in wenigen, von der Regierung bestimmten Gouvernements wohnen dürfen, das unter der Regierung von Alexander III. in Kraft getreten ist; die schon unter Alexander II. begonnenen und sich in einzelnen wiederholenden Pogrome; der Numerus Clausus für jüdische Schüler und Studenten: alles das revolutionierte im steigenden Maße die jüdische Bevölkerung, und zwar nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Intellektuellen, ja, sogar die Mittelschichten.

Gleichzeitig aber verlor die jüdische Bevölkerung Südrußlands unter dem Einfluß der russischen Kultur immer mehr die spezifischen Eigenschaften der Ghettojuden, begann auch äußerlich der bodenständigen russischen Bevölkerung ähnlicher zu werden und sich zu assimilieren.

Die Pogrome, die in den achtziger Jahren ihren Anfang nahmen und sich durch tierische Bestialitäten rächbar machten, durch Vergewaltigung jüdischer Frauen, durch Ermordung obdachloser, wehrloser Juden, verursachten einen völligen Umschwung in der Stimmung der jüdischen Intellektuellen.

Die dumme, sinnlose Judenpolitik der zaristischen Regierung, die alle nur erdenklichen Hindernisse der jüdischen Bevölkerung in den Weg legte, um ihr Verschmelzen mit der russischen zu verhindern; der berüchtigte Ukas, daß Juden sich nur in ganz bestimmten Gouvernements, in denen die Lage der jüdischen Arbeiter besonders schwierig war, ansiedeln dürfen; die Erlaubnis, nur wenige und ganz bestimmte Berufe ausüben, der Zwang, nur alttheebräische Vornamen tragen zu dürfen; die Verhaftungen, Verbannungen und andere Repressalien, stießen die jüdischen Intellektuellen zu einer immer intensiveren und aktiveren revolutionären Tätigkeit. Die revolutionäre Stimmung der Juden war also nichts Angeborenes, wie das so viele reaktionäre Schriftsteller verkündeten. Sie war ihnen ebensowenig angeboren, wie die Jahrtausende alte Unterwürfigkeit und Ergebenheit, die angeblich nur den Russen eigen ist, dem russischen Bauer angeboren war.

Ebenso wie die fürchterliche Unterdrückung die russischen Arbeiter und Bauern schließlich doch zum Kampf gegen den Zaren, gegen die Gutsbesitzer und Kapitalisten aufrüttelte, wurde auch der beste Teil der jüdischen Intelligenz und der jüdischen Arbeiterschaft durch entsetzliche Verfolgungen, durch die menschenunwürdigen Pogrome in den Kampf um eine Weiterentwicklung hineingedrängt, in der nationale Zurücksetzungen und Unterjochung der Menschen unmöglich ist.

An Stelle Lewinskijs wurde nun von der bolschewistischen Zentrale Genosse Michail (Tomilsky) als ein vertrauenswürdiger, energischer, zielbewußter Bolschewik geschickt. Diese Eigenschaften kamen aber in Wirklichkeit nicht zur Geltung. In der praktischen Arbeit zeigte er sich als schlechter Organisator, der die Agitation und Propaganda nicht auf die notwendige Höhe bringen konnte. Was das Ideologische betraf, so war er, im Gegensatz zu Lewinskij, der den Menschewiken gegenüber eine sehr strenge Position einnahm, nicht weiter als die Massenbewegungen Entwickelter, das heißt, er sprach sich für eine Versöhnung mit den Menschewiken aus. Diese Wendung vollzog sich in ihm nicht auf einmal, sondern allmählich und äußerte sich besonders stark in der Zeit der verschärften Kämpfe: das heißt, während des Generalstreiks und einen Monat später, bei Ankunft des Panzerkreuzers „Potjomkin".

Die Lage verschlimmerte sich nicht allein durch den Wohnungs- und Geldmangel, sondern auch durch die Verhaftung der ganzen Organisation von Dalnijnij, die sich am 3. Juni ereignete, wie auch durch Erkrankung einiger Komiteemitglieder. „Onkelchen", die auch sonst sehr schwächlich war, erkrankte. Ich bekam durch Unterernährung und Erschöpfung eine sehr arge Augenentzündung und der Arzt sperrte mich, unter Drohung der vollständigen Erblindung, in ein finsteres Zimmer ein. Durch diesen Umstand blieb im Komitee gegen zwei Versöhnler — Michail und Usanskij — nur ein einziger Bolschewik. Das war der Arbeiter Wassili Aleksejewitsch Chrustaljow (genannt Kimsej), der Organisator des Bezirkes Peresyp.

Die Lage wurde noch zudem kompliziert, daß die Judenbezirke, wie Dalnijnij, Moldai, Bontsy und Peresyp — die maßgebenden und entscheidenden Bezirke Odessas, wo Klassenkampfgeist und revolutionäre Stimmung herrschte — rückständiger waren als der Stadtbezirk, der ein Handwerkerbezirk war und deshalb keine wesentliche Rolle in der Bewegung spielte. Die Arbeiter der Fabrikbezirke hatten die Traditionen des Oktobermonats und der Sabotagetage, die die Nachfolger Schajewitsche, der Gebietene Agent in Odessa gewesen war, verlernten, noch nicht überwunden. Auch auf den Antisemitismus und Nationalismus wurde Wert gelegt, der besonders stark im Hafen zu bemerken war. Es fand die Sache in Odessa.

Odessa konnte als Hafenstadt, mit einer nur geringen Zahl proletarischer Bevölkerung, die außerdem durch massenhafte Gegenstöße gespalten war, mit keiner nachhaltigen Bewegung gegen Kapitalismus, Zarismus und halbkleinbürgerlichen Sozialismus unter den Hafenarbeitern, keine eigenen revolutionären Kräfte hervorbringen, die es ihm ermöglicht hätten, den revolutionären Zentren, wie es im Jahre 1905 Petersburg, Moskau, Charkow, Rostow und die Baltischen waren, gleich zu kommen.

(Fortsetzung folgt)